



Amt der Wiener Landesregierung

Dienststelle: Magistratsdirektion
Geschäftsbereich Recht
Verfassungsdienst und
EU-Angelegenheiten

Adresse: 1082 Wien, Rathaus
Telefon: 4000-82344
Telefax: 4000-99-82310
e-mail: post@mdv.magwien.gv.at
DVR: 0000191

MD-VD - 372/06

Wien, 14. März 2006

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2003/58/EG das Firmenbuchgesetz, das Unternehmensgesetzbuch, die Jurisdiktionsnorm und das Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung geändert werden (Publizitätsrichtlinie-Gesetz - PuG);
Begutachtung;
Stellungnahme

zur GZ BMJ-B10.070E/0001-I 3/2006

An das

Bundesministerium für Justiz

Zu dem mit Schreiben vom 9. Februar 2006 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes wird nach Anhörung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien wie folgt Stellung genommen:

Zu Art. 1 § 35b des Firmenbuchgesetzes (FBG):

Bei der Erlassung der Durchführungsverordnung nach § 35b FBG wird um rechtzeitige Einbindung ersucht, da die Beurteilung der Frage der Personenbindung von An-

bringen und die Festlegung zulässiger elektronischer Formate nicht einfach vorzunehmen ist und mehrere Wochen Vorlaufzeit (Hinzuziehung technischer Sachverständiger und allfällige Durchführung von Tests) benötigt.

Zu Art. 2 § 283 Abs. 3 des Unternehmensgesetzbuches:

Die Ergänzung des Artikels „die“ vor dem Ausdruck „Größenklasse“ wäre - analog zu Art. 1 § 24 Abs. 3 FBG - sprachlich sinnvoll.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt. Eine weitere Ausfertigung ergeht an die E-Mail-Adresse „begutachtungsverfahren@parlament.gv.at“.

Für den Landesamtsdirektor:



Mag. Michael Raffler
Senatsrat

Dr. Günther Smutny